

II— **735** der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des NationalratesDER BUNDESMINISTER
FÜR BAUTEN UND TECHNIK

XIV. Gesetzgebungsperiode

Zl. 10101/40-I/1/76

Parlamentarische Anfrage Nr. 309 der Abg.
Dr. Scrinzi und Gen. betr. Brückenkatastrophe
bei Gmünd in Kärnten.

Wien, am 18. Mai 1976

An den
Herrn Präsidenten des Nationalrates
Anton B e n y a
Parlament
1010 W i e n
-----**271** /AB
1976 -05- 19
zu **309** /J

Auf die Anfrage Nr. 309, welche die Abg. Dr. Scrinzi und Genossen am 9. 4. 1976, betr. Brückenkatastrophe bei Gmünd in Kärnten an mich gerichtet haben, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Aufgabe der Expertenkommission war es, die Ursachen des Einsturzes festzustellen und nicht die Verschuldensfrage zu klären. Diese Feststellung ist ausschliesslich eine Angelegenheit eines bevorstehenden Gerichtsverfahrens.

Wie bereits anlässlich der Beantwortung der Anfrage Nr. 2220 am 16. VII. 1975 bzw. am 5. II. 1976 festgestellt wurde, sind nach Abschluß der Beratungen der Kommission und Vorlage der Gutachten von drei Professoren die drei maßgeblichen Gründe und Ursachen für den Einsturz angegeben.

Es sind dies:

- 1.) Das Fehlen des Verbundes zwischen dem Spannstahl und dem Beton zum Zeitpunkt des Vorfahrens des Gerüstwagens.
- 2.) Die geringere als geforderte Betonfestigkeit im Bereich des Bruches.
- 3.) Die Abweichungen in der Handhabung des Gerüstwagens gegenüber der Planung.

Jeder dieser Umstände für sich betrachtet, hätte den Unfall

-2-

nicht herbeigeführt, doch durch das Zusammentreffen aller drei kam es zur Katastrophe.

Ausserdem wurde festgestellt, dass zwischen dem Projektanten des Brückentragwerkes und der bauausführenden Arge offensichtlich Informationslücken bestanden und auch von der Bauleitung des Amtes der Landesregierung diese Koordination nicht durchgeführt wurde.

Als Konsequenz daraus wird z. Z. bei der Brückenbauabteilung des ho. Bundesministeriums einvernehmlich mit den Brückenbauabteilungen der Ämter der Landesregierungen eine Dienstanweisung erarbeitet, die Unzukömmlichkeiten bei den Bauleitungen künftig möglichst ausschliessen sollen. Der Entwurf liegt bereits vor, wurde den Ämtern der Landesregierungen übergeben und wird z. Z. dort beraten. Darin sollen auch die erforderlichen Maßnahmen festgelegt werden, um künftig ähnliche Katastrophen zu vermeiden.

Zu der Frage der versicherungsmässigen Deckung des entstandenen Schadens kann keine Aussage gemacht werden, da deren Umfang dem ho. Bundesministerium nicht bekannt ist und dies ausschliesslich eine Angelegenheit der bauausführenden Arge ist.

Der Bundesstrassenverwaltung entsteht aus dem Brückeneinsturz kein materieller Schaden, da der Auftragnehmer die Brücke dem Vertrag entsprechend fertigzustellen hat und Mehrkosten, die durch den Einsturz entstanden sind, von der Bundesstrassenverwaltung nicht vergütet werden.

